Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1921

86 (29.3.1921) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 5.50 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.10 Mk. auswärts durch unsere Agenturen bezogen 5.50 Mk. monatlich, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 5.65 Mk., vierteljährlich 16.95 Mk.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — **Badische Morgenpost**

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum a) lokal 1.40 M. b) auswärts 1.80 M. Reklamezeile 5.— M. a. erster Stelle 5.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 29 u. 99. Hauptschriftleiter Nr. 277

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Hermann Weick; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telephon-Amt Uhland 2904. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 86. — **Dienstag, den 29. März 1921** — Erstes Blatt.

Bismarck und der Krieg 1914.

Von Professor Dr. **Arthur Böhtlingk.**

II.

Und so gehört der sog. Rückversicherungs-Vertrag zweifellos zu den bewunderungswertesten Meisterstücken Bismarck'scher Diplomatie und Staatskunst. 1887 zunächst auf drei Jahr abgeschlossen, sollte er 1890 erneuert werden. Schon war Graf Schumalow deswegen in Berlin eingetroffen. Da kam die Katastrophe vom 18. März! Der Kaiser verlangte peremptorisch Bismarck's Entlassungsgesuch. Bismarck zögerte damit und meinte, wenigstens das Auswärtige in der Hand behalten zu müssen, weil sonst der eben so glücklich frisch angesponnene Faden nach Petersburg abzureißen drohte. Kaiser Wilhelm war überzeugt, daß der Krieg mit Rußland unvermeidlich sei und entschlossen, den erwarteten Fehdehandschuh aufzunehmen, wenn er ihm zugeworfen werde. In der Tat: nach Bismarcks Entlassung wurde der Vertrag mit Rußland nicht erneuert! General Caprivi, Bismarcks Nachfolger, hatte nur den „unvermeidlichen" Kampf mit Rußland im Sinne. Obgleich der Kaiser nach der Entlassung Bismarcks in seiner pathetischen Weise an den Admiral Stosch nach Weimar telegraphiert hatte: „Volldampf voran! Der Kurs bleibt der alte!" — ward das Steuerruder nach England und Polen zu umgelegt. Damit ward an der Newa dem Faß der Boden ausgeschlagen. Alexander III., der Autokrat von Gottes Gnaden, gewann es über sich, von französischen Matrosen vor Kronstadt die Marseillaise intonieren zu lassen. Das russisch-französische Waffenbündnis war im Anzuge.

Wohl hat nach dem Hingange Alexanders III. Kaiser Wilhelm es über Nikolaus II. gewonnen, daß er mit ihm persönliche „Freundschaft" schloß; allein das russisch-französische Bündnis blieb intakt und sollte nur immer intimer werden. Als England den russischen Bären dem kleinen „Jap" an die Gurgel hetzte, der russisch-japanische Krieg brachte es zwar dahin, daß es Kaiser Wilhelm versuchen konnte, Rußland zu einem Dreibunde mit Frankreich zu gewinnen, wie das der weitschauende russische Staatsmann Witte anregte, allein es blieb, infolge der Haltung Frankreichs, das seine Entente-cordiale mit England geschlossen hatte, bei einer bloßen Anwandlung. Die demütigende russische Niederlage, die im Zarenreiche die Revolution zeitigte, führte nur dahin, daß Rußland sein Bündnis mit Frankreich um so enger schloß. Sobald die Staatslenker an der Newa, welche sich auf dem Balkan und in Oesterreich-Ungarn schadlos halten wollten, Neigung zeigten, es auf Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen, streckte ihnen Frankreich Milliarden über Milliarden vor; war auch die Verständigung mit England angebahnt. Auch mit Italien gewann man, sobald es die Türkei aufzuteilen und zugleich mit Oesterreich-Ungarn abzurechnen galt, von der Newa aus enge Fühlung. Gar — als die Westmächte, welche dereinst mit den Türken gegen Moskau zu Felde gezogen waren und die noch einmal 1878, auf dem Berliner Kongreß, Rußland von Konstantinopel aus Halt zugerufen hatten, ihm dieses in Aussicht stellten, war die „Einkreisung" Deutschlands perfekt. Verzweifelt hieß Kaiser Wilhelm: Oesterreich-Ungarn seinen einzigen Sekundanten! Um sich wenigstens diesen zu sichern, gelobte er demselben schlankweg: „Nibelungentreue!" — Zugleich schloß man von Berlin aus Freundschaft mit dem Sultan, dem Türken! Demnach sollten Deutschland zur Stütze dienen: die beiden Reiche, deren Aufteilung von seiten der „Entente" bereits fest in nächste Aussicht genommen worden war! Zwei Todkranke!

Fürst Bülow hat sich zwar gerühmt, als die Donaumonarchie Herzegowina und Bosnien in aller Form annektierte, durch das Zeigen des deutschen Schwertes an der Newa nicht nur das russische in der Scheide behalten, sondern die Einkreisung Deutschlands gesprengt zu haben. In Wahrheit hat er damit Rußland endgültig ins Lager der Entente gebracht. Der italienisch-türkische Krieg war bereits das Präludium zum großen, allgemeinen Weltkrieg. Wenn es nicht schon 1912 beim Balkankrieg zum Klappen kam, so nur, weil der Türke so gründlich in die Pfanne geschlagen worden war, sowie weil Serbien und Rumänien derart gestärkt daraus hervorgingen, daß Oesterreich-Ungarn bis ins Mark hinein darob erzitterte. Daß man in der Wiener Hofburg an sich hielt und nicht gegen den Bukarester Frieden einschritt, ist wohl darauf zurückzuführen, daß von Berlin her ernstlich davon abgeraten worden ist. Um so weniger war an der Spree an Widerstandskraft übrig, als die Oesterreicher im Juli 1914, nach der Serajewoer Mordtat, nach Potsdam kamen und um Unterstützung flehten. Es schien nur zu evident, daß, wenn es der Donaumonarchie nicht gelang, Serbien ein für allemal zur Ruhe zu bringen, alsdann auch die Rumänen, die ihrerseits von einem Reiche bis an die Theiß träumten, nicht zu halten gewesen wären. Die Existenz der Donaumonarchie stand offenbar auf des Messers Schneide. Brach Rußland und alsdann gewiß auch Serbien los, so war sie geliefert. Man begreift, wie man in der Wiener Hofburg die heillose Lage nur dadurch retten zu können vermeinte, daß man mit Serbien abrechnete, bevor Rußland eingriff. Selbst auf die Gefahr hin, daß dieses losbrach, — meinte man es darauf hin wagen zu müssen. In diesem Falle sollte das Bündnis mit dem Deutschen Reiche herushelfen.

An der Spree glaubte man, und dies gilt in erster Linie von Kaiser Wilhelm und seinem Kanzler Bethmann-Hollweg, daß es den Oesterreichern gelingen werde, in Belgrad einzurücken, ohne daß die russischen Kanonen sich lösten. Alsdann sollte der Konflikt „isoliert" bleiben und ohne europäische Katastrophe beigelegt werden. Warum sollte es nicht noch einmal, wie 1908/09 gelingen, Rußlands Schwert durch Drohung mit dem deutschen in der Scheide zu behalten? Erst als man gewahr wurde, daß dies nicht der Fall sei, hat man von Berlin aus die Wiener Hofburg beschworen, es nicht auf Krieg mit Rußland und damit Europa ankommen zu lassen. Zu spät! Die Oesterreicher hatten taube Ohren. Und so brach die furchtbare Katastrophe unaufhaltsam herein.

Und diese Situation hätte **Bismarck** geschaffen oder hinterlassen?

Gewiß: schon zu seiner Zeit war das Verhältnis zu Rußland ein überaus schwieriges geworden. Der Berliner Kongreß, den er den Russen zu Gefallen einberufen hatte, war, obgleich er sich um die russischen Interessen so gemüht hatte, eine russische Niederlage und Demütigung gewesen. Den größten Vorteil aus demselben hatte **England** gezogen, dessen Premier Disraeli-Beacansfield mit dem Frieden und Cypern in der Tasche als Triumphator heimgekehrt war und alsbald das **Kaisertum** Indien ausgerufen hatte. Auch daß Oesterreich-Ungarn Herzegowina und Bosnien, die beiden türkischen Provinzen, zugewiesen bekommen hatte, obgleich der Russe sie selbst während seines Anmarsches gegen Konstantinopel der Donaumonarchie zugeschanzt hatte, war den Russen und den griechisch-orthodoxen Panslavisten ein Dorn im Auge. All dieses schoben die Russen Bismarck in die Schuhe, der als „ehrlicher Makler" es ihnen nicht allein hatte recht machen können. Gar als Bismarck sich im Jahre darauf versagte, sie nicht mit der Donaumonarchie aufräumen lassen wollte, um dies zu verhindern sogar das deutsch-österreichische Bündnis geschlossen hatte, hat es, wie wir sahen, im Moskowiter Kessel ordentlich zu brodeln begonnen. Indes war es dem Vielgewandten schließlich doch geglückt, mit dem Rückversicherungs-Vertrage den Faden mit dem Zarenhofe wieder fest anzuspinnen. Er hatte damit die Zügel in die Hand bekommen, um den Frieden zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn aufrecht zu erhalten.

Indem der Rückversicherungs-Vertrag nach dem Abgange Bismarcks nicht erneuert wurde, war geradewegs das Rückgrat seiner weitausschauenden Friedenspolitik gebrochen. Rußland und Frankreich waren nicht mehr auseinander zu bringen, der Krieg zwischen Rußland und der Donaumonarchie von Berlin aus nicht mehr gut hintan zu halten. Als der Alte von Friedrichsruh der Entwickelung der Dinge mit verschränkten Armen, immer besorgter, zuschauen mußte und 1896 als Warnungssignal bekannt gab, daß ein Rückversicherungs-Vertrag mit Rußland bestanden habe und nicht erneuert worden sei; er, wie es scheint, den Augenblick für gekommen erachtete, den abgerissenen Faden mit Rußland womöglich wieder frisch anzuknüpfen, ward der Schöpfer des Reiches, dessen unvergleichlicher greise Steuermann, in den amtlichen Organen, und nicht nur in diesen, unverblümt des — **Hochverrats** geziehen! So ungemein lag an maßgebender Stelle daran, daß man von dem geheimnisvollen Vertrage nichts erfahre! Den **Inhalt** desselben konnte Bismarck selbst nicht ohne Bruch des ihn noch bindenden Amtsgeheimnisses verraten. Erst durch die Bolschewiki haben wir den Wortlaut kennen gelernt. Daß Bismarck es mit Rußland halten und diesem selbst Konstantinopel hatte überlassen wollen, konnte allerdings denen nicht passen, die es mit den Türken und Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan halten wollten. Der alte Bismarcksche Kurs war nachgerade geradewegs in sein Gegenteil umgeschlagen! Dabei sollte der deutsche Michel wähnen, daß man an der Spree nach wie vor **Bismarcksche** Politik treibe!

Alle Warnungen des „getreuen Ekkehart" in „Gedanken und Erinnerungen" sind in den Wind geschlagen worden. Wie hat er doch betont, daß Deutschland in den Balkan-Angelegenheiten nicht genug Zurückhaltung üben könne. Sollte von Oesterreich oder England aus in Berlin angefragt werden, ob man bei einem russischen Vorgehen auf dem Balkan kriegerische Unterstützung von seiten Deutschlands zu gewärtigen habe, müßte die Anfrage unbedingt verneint werden. Selbst wenn Rußland eine Position am Bosporus eingenommen haben sollte, täte auch Oesterreich gut, an sich zu halten. Nur wenn Oesterreich von Rußland **direkt** angegriffen werden sollte, sei, dem Bündnisvertrage entsprechend, der casus belli gegeben. Immer müßte im Auge behalten werden, daß Rußland sich gegebenenfalls mit Oesterreich-Ungarn verständigen und gegen Deutschland wenden könne.

Ein Hauptgrundsatz der Bismarckschen Politik hat darin bestanden, sie flüssig zu erhalten, d. h. den ständigen Wechselfällen rechtzeitig anzupassen; sich nicht blindlings festzunageln und so festzufahren. Mit Rußland durfte auch deswegen nicht gebrochen werden, weil Deutschland sonst wehrlos — **England** preisgegeben wurde. Wenn Bismarck es gewagt hatte, die deutsche Reichsfahne in Afrika und dem Stillen Ozean aufzupflanzen, ohne die deutschen Siedelungen vor den englischen Schiffskanonen sichern zu können, so doch offenbar nur, weil wir, wenn mit Rußland im Einvernehmen, England in Aegypten oder Indien packen konnten. Die verhängnisvollste Wendung für Deutschland ist gewesen, als sich Rußland mit England verständigte! Damit gerieten wir, wie Bismarck dies in seinem denkwürdigen Briefe an Salisbury im November 1887 in so klassischer Weise veranschaulicht hat, in eine schier tödliche, rettungslose Lage. Bei der geographischen Lage Deutschlands war dies so evident, daß Bismarck für unmöglich erachtete, daß es je eine deutsche

Der kommunistische März-Aufruhr.

h. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die Ostertage sind wenigstens in Berlin im allgemeinen ruhig verlaufen. In der Nacht zum Sonntag wurden freilich zahlreiche Schläfer in der weiten Umgebung durch eine Detonation aufgeschreckt, die am nächsten Vormittag zu seltsamen Gerüchten Anlaß gab. Es handelte sich um einen Anschlag gegen eine wichtige Eisenbahnbrücke westlich Hallensee. Zum Glück war die Bombe falsch gelegt oder falsch gerichtet worden, so daß nur eine Bedürfnisanstalt in die Luft flog und Fensterscheiben in der Nachbarschaft vernichtet wurden; ein ernster Schaden wurde aber nicht angerichtet. Im Norden Berlins bei Pegel und im Osten bei Ruhleben konnten verbrecherische Versuche, Eisenbahnzüge zum Entgleisen zu bringen, rechtzeitig vereitelt werden. Ebenso wurden kommunistische Vorstöße gegen verschiedene Strafanstalten abgewiesen. Bemerkenswert ist aber, wie die Erbitterung gegen den kommunistischen Wahnsinn auch in Arbeiterkreisen immer schärfer wird. Wer sich gestern unter die Scharen der Osterspaziergänger gemischt hatte, konnte sehr drastische Beweise dafür finden. Ganz unbegreiflich ist vor allem, daß die „Rote Fahne", das kommunistische Hauptorgan, am letzten Samstag noch mit einem Aufruf zum Generalstreik erscheinen durfte.

Die Meldungen aus Mitteldeutschland zeigen, daß die Regierung der Aufruhrepidemie doch immer noch nicht ganz Herr geworden ist, wenn auch bei dem Mangel einer einheitlichen Leitung der Bewegung ihre baldige Unterdrückung nicht zweifelhaft sein kann. Leider kommen auch Nachrichten aus dem Rheinlande und dem Ruhrgebiet, wonach in den dortigen Industrien die Kommunistenrevolte aufgeflackert ist. Die Regierung hat endlich die Energie verstärkt. Im Rheinland und Westfalen wurde sofort der Ausnahmezustand erklärt. Hoffentlich erkennt man in Berlin, daß nur rücksichtsloses Durchgreifen die Wiederkehr der verbrecherischen Putschgelüste verhindern kann. Die nächste Aufgabe des Reichstages wird außer den energischen Maßnahmen gegen die bolschewistische Gefahr wohl eine Verbesserung der Sprengstoffbedingungen sein. Die Zerstörung von wertvollen öffentlichen Gebäuden und auch von Privatbesitz kann Deutschland schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht dulden.

Im Rheinland.

Im Industriegebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Münster**, 29. März. Der Ort **Mettmann** ist seit gestern morgen 6 Uhr von den Aufständischen besetzt. Man vermutet, daß die Kommunisten von Elberfeld, Barmen, Düsseldorf an diesem Putsche beteiligt sind. Gegenmaßnahmen sind sofort eingeleitet worden. Im **neubesetzten Gebiet** sind gleichfalls Plakate, die zum Generalstreik auffordern, angeschlagen. Es heißt auch, daß die Generalstreikproklamation in **Hamborn** Erfolg gehabt habe. In **Solingen** sind mehrere Leute, die mit Waffen aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Gebiet übertraten, verhaftet worden. In **Dortmund** wurde ein Kommunistennest ausgehoben. Die Polizeiverwaltung von Düsseldorf meldet, daß auch **Velbert** von den Kommunisten besetzt sei. Die öffentlichen Gebäude der Post- und Staatsverwaltung wurden besetzt. Die **Kommunisten** requirieren Autos, um in der Umgebung zu rauben.

Blutige Zusammenstöße in Essen.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Bochum**, 29. März. Zwischen **Köln** und **Hagen** stockt der **Personenverkehr**, was auf die Umtriebe der **Kommunisten** zurückzuführen ist. Auf dem Burgplatz in **Essen** fanden am Montag Zusammenstöße statt. Die Polizei mußte eingreifen und von der Waffe Gebrauch machen. Es wurden **mehrere Personen getötet** und eine Anzahl verwundet.

Zehn Personen in Essen getötet.

(Eigener Drahtbericht.)

h. **Essen**, 29. März. Bei den letzten Zusammenstößen in Essen wurden 10 Personen, darunter zwei Sicherheitspolizisten, getötet.

Die Lage am Ostersonntag.

w. **Berlin**, 28. März. Der Ostersonntag ist in Berlin ruhig verlaufen. Auch aus den **westlichen** Industriezentren wurden keine Zwischenfälle gemeldet. Jedoch ist eine **weitere lebhafte Tätigkeit** der Kommunisten bemerkbar. Ihre Taktik geht offenbar dahin, auf dem Wege der **Generalstreikhetze** Unruheherde zu schaffen, ehe die Bewegung in Mitteldeutschland zusammenbricht. Die polizeiliche Aktion in der **Provinz Sachsen** wird inzwischen mit Nachdruck fortgeführt und steht vor dem baldigen Abschluß. Das Detachement Graf Poninski ist gestern nachmittag, von Mansfeld kommend, in Eisleben eingetroffen und weiter marschiert. Größeren Widerstand hat das Detachement nicht gefunden. In dem **Mansfelder** Seekreis und im Bezirk Eisleben ist es ruhig. Die Rädelsführer sind entflohen und machen entlegenere Dörfer unsicher. Das Zentrum der aufständischen Bewegung scheint jetzt in **Ober- und Unter-Röblingen** und **Teutschental** zu sein. Die erteilten Weisungen sichern ein scharfes Zugreifen gegen die bewaffneten Banden. In **Bitterfeld** hat ein Trupp ortsfremder Leute die Ortspolizei entwaffnet und sich vorübergehend in öffentlichen Gebäuden festgesetzt. In **Sangershausen** wurde gestern durch eine kommunistische Bande die **Post** und die **Banken geplündert**, das Telegraphenamt gesprengt und in der Nacht ein aus Württemberg herbeigezogener gepanzerter Streckenarbeiterzug aufgehalten. Dabei kam es zu einem Gefecht, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Seit gestern morgen ist die Stadt durch Schutzpolizei besetzt. Die Kommunisten hatten sich unterdessen verzogen. Im Bezirk **Halle** haben sich Zwischenfälle nicht ereignet. **Zschernowitz** streikt, ebenso **Golpa**. Die Gesamtlage in der Provinz Sachsen wird auf Grund der getroffenen Maßregeln dahin beurteilt, daß der Widerstand der Aufrührer in wenigen Tagen erledigt sein wird.

Anschläge auf Eisenbahnbrücken.

w. **Halle** (Saale), 28. März. In der Nacht zum Ostersonntag wurde gegen 4 Uhr früh auf die **Eisenbahnbrücke** über die **Mulde** zwischen Muldenstein und Bitterfeld (Linie Berlin—Halle bezw. Berlin—Leipzig) ein **Dynamitanschlag** verübt. Die Sprengung hat besonders die Gleise zerstört, doch konnte nach mehrstündigen Ausbesserungsarbeiten der Verkehr notdürftig wieder aufgenommen werden.

w. **Berlin**, 28. März. In der Nacht zum Ostersonntag erfolgte in einer Bedürfnisanstalt neben der **Eisenbahnbrücke** an der **Holtzendorffstraße** nahe dem Bahnhof **Charlottenburg** eine **gewaltige Explosion**, durch die die Bedürfnisanstalt zerstört, viele Fensterscheiben zertrümmert und mehrere Häuser stark beschädigt wurden. Menschenleben sind, soweit bisher bekannt, nicht zu beklagen. Anscheinend hatte der Anschlag den Zweck, die Eisenbahnbrücke zu zerstören, was jedoch nicht gelungen ist.

w. **Berlin**, 28. März. Gestern wurde ein Anschlag auf die Eisenbahn von unbekannten Tätern gemacht. Sie durchschnitten zwei Drähte an zwei Einfahrtssignalen am **Bahnhof Tegel**, um so einen Zusammenstoß herbeizuführen. Eisenbahnbeamte bemerkten das Nichtfunktionieren der Leitungen und sorgten für ihre Wiederherstellung.

*

Die Reichsregierung.

Berlin, 28. März. Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung hat dem Vorsitzenden des dem Reichskommissar beigegebenen parlamentarischen Beirates des Reichstages mitgeteilt, daß Reichsregierung und preußische Regierung mit dem Oberpräsidenten von Magdeburg der Ansicht sind, daß freiwillige Ablieferung von Waffen seitens der Aufrührer keine Straffreiheit zusichern darf. Die Reichsregierung hält schärfste Maßnahmen gegen die Aufrührer für geboten.

Keine Einberufung des preußischen Landtages.

Hannover, 29. März. Der Präsident des preußischen Landtages, Oberbürgermeister **Leinert**, teilt mit: Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf **Einberufung des Landtages** am 30. März hat nur die Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei und der Kommunisten gefunden. Die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Demokraten und die Unabhängigen Sozialisten haben gegen die Einberufung Widerspruch erhoben. Infolgedessen wird der Präsident von der Einberufung zum 31. März absehen. Der Vorschlag, den ständigen Ausschuß einzuberufen, ist von allen Parteien abgelehnt worden. Er wird deshalb auch nicht zusammengerufen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

politische Leitung geben werde, die dies nicht erkenne und dem vorbeuge. Seine Nachfolger haben es trotzdem fertig gebracht! Und so sind seine schlimmsten Befürchtungen, wie sie ihn befallen haben, da ihm das Steuerruder entrissen wurde und es in die unerfahrene dilettantische Hand des jungen Kaisers überging, noch überroffen worden.

Sein letztes Mahnungswort, sichtlich an die Adresse Wilhelms II. gerichtet (Gedanken und Erinnerungen II, 265), lautete:

„Jedenfalls wird auch in der Zukunft nicht bloß kriegerische Rüstung, sondern auch ein richtiger politischer Blick dazu gehören, das deutsche Staatsschiff durch die Strömungen der Koalitionen zu steuern, denen wir nach unserer geographischen Lage und unserer Vorgeschichte ausgesetzt sind. Durch Liebenswürdigkeiten und wirtschaftliche Trinkgelder für befreundete Mächte werden wir den Gefahren, die im Schoße der Zukunft liegen, nicht vorbeugen, sondern die Begehrlichkeit unserer einstweiligen Freunde und ihre Rechnung auf unser Gefühl sorgenvoller Bedürftigkeit steigern. Meine Befürchtung ist, daß auf dem eingeschlagenen Wege unsere Zukunft kleinen und vorübergehenden Stimmungen der Gegenwart geopfert wird. Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Ratgeber; wenn der Gehorsam allein das Kriterium ist, so wird ein Anspruch an die universelle Begabung des Monarchen gestellt, dem selbst ein Friedrich der Große nicht genügen würde, obschon die Politik in Krieg und Frieden zu seiner Zeit weniger schwierig war wie heute."

Wie wohlbegründet diese Ermahnungen und Warnungen gewesen sind, wissen wir heute leider nur zu wohl. Wie bitter Not sie getan haben, hat nicht klarer dargetan werden können, als indem in Berlin damit begonnen worden ist, den Rückversicherungs-Vertrag nicht zu erneuern. Damit war, wie wir sahen, geradewegs der Angelpunkt der Bismarckschen auswärtigen Politik aufgegeben, das von ihm so mühsam hergestellte Gleichgewicht unwiderbringlich dahin. Fortab ist das deutsche Schiff zwischen Rußland und England, wie von Scylla und Charibdis erfaßt, hin und her geschleudert worden, bis es am Felsen der „Entente" scheitern sollte.

Gewiß ist Wilhelm II., sogut wie Bismarck, auf die Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen und bis zuletzt geblieben, es kann nicht schlimmer mißverstanden und boshafter verleumdet werden, als wenn man ihm, wie dies nicht nur die Ententebrüder so unverfroren tun, Kriegspolitik unterstellt; was uns dem Abgrunde zugeführt hat, ist nicht kriegerischer Wille gewesen, sondern staatsmännische und diplomatische Unfähigkeit. Dafür hat sich aber Wilhelm II, indem er das Steuerruder so unzeitig der Meisterhand Bismarcks entriß und sein eigener Kanzler hat sein wollen, die Verantwortung selber aufgeladen. Daß er dabei so blind willfährige Kanzler gefunden hat, und auch einen so willfährigen Reichstag, hat das furchtbare Verhängnis besiegelt.

Die Lage in Mitteldeutschland.

Eisleben, 28. März. Gestern herrschte hier vollkommene Ruhe, desgleichen auch in der Nacht zum ersten Feiertag. In den Morgenstunden säuberte die Schutzpolizei die den Westausgang der Stadt beherrschenden Höhen von den Resten der roten Kampftruppen.

w. **Halle**, 28. März. Hier und in der Umgebung sind die beiden Feiertage ruhig verlaufen. — Bei Ammendorf wurde die Eisenbahnbrücke gesprengt und der Eisenbahnverkehr unmöglich gemacht. — In Gisleben ist die Lage auch heute ruhig, der Eisenbahn- und Drahtverkehr ist noch nicht wieder aufgenommen. — In Hettstedt ist alles ruhig, ebenso in Mansfeld, Sangerhausen und Artern. — In Michel wurden die Bergarbeiter durch 8 bewaffnete auswärtige Kommunisten zum streiken gezwungen, auch in den Schächten des Geiseltales ruht der Betrieb. — In Wittenberg ist der Streik auf allen großen Werken durchgeführt. — Bitterfeld ist von den Kommunisten geräumt worden, die örtlichen Behörden haben den Dienst wieder aufgenommen. — In Golpa wird gearbeitet. Unter der Leitung des Direktors hat sich aus der Arbeiterschaft des Werkes Zschernowitz eine Abwehrmannschaft gegen kommunistische Störungen gebildet.

w. **Halle**, 28. März. Gestern mittag ist hier der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Der Polizeikommissar hat die Polizeistunde auf 9 Uhr festgesetzt und jedes Betreten der Straße von 9 Uhr abends ab verboten.

w. **Leipzig**, 28. März. In Mölkau, einem Vorort Leipzigs, hatten sich am Sonntag bewaffnete Kommunisten angesammelt. Daraufhin wurden 101 Mann Schutzpolizei nach Mölkau entsandt. Es kam zu einem Feuergefecht, wobei die Kommunisten einen Toten und Verwundete hatten. Bei den letzteren wurde eine Liste von Personen gefunden, die an der Bewegung beteiligt sind und in der vergangenen Nacht verhaftet werden konnten.

w. **Leipzig**, 28. März. Bei Markranstedt kam es zwischen bewaffneten Arbeitern, die nach den Leunawerken zogen, und Schutzpolizei zu einem Feuergefecht. Näheres ist bisher nicht bekannt. Bei dem gestrigen Gefecht bei Mölkau, das mit der Flucht der Aufrührer endete, hatten diese, wie jetzt feststeht, einen Toten, zwei Schwer- und zwei Leichtverwundete. Der Polizei fiel zahlreiche Munition, Waffen usw. in die Hände. Nach zuverlässigen Nachrichten befindet sich Delitzsch in der Hand von etwa 700 Kommunisten, die über 25 Maschinengewehre verfügen sollen.

Anschlag auf „Hallesche Zeitung" und W. T. B. in Halle.

w. **Halle a. S.**, 29. März. Am Sonntag wurde um Mitternacht durch einen Handgranatenanschlag von kommunistischer Seite die Druckerei der „Halleschen Zeitung", in derem Gebäude sich das hiesige Wolffsche Telegr.-Bureau befindet, außer Betrieb gesetzt. Zwei Leute wurden erheblich verwundet.

Halle a. S., 29. März. Durch einen weiteren Handgranatenanschlag auf das Grundstück der Druckerei Hendel wurde auch die „Saalezeitung am Erscheinen verhindert. Die Maschinen sind zerstört.

*

In Hamburg.

Hamburg, 29. März. Im Kreise Lauenburg wurden 80 Rädelsführer der Kommunisten verhaftet. Die Rädelsführer wurden nach Hamburg übergeführt und in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert. Anderthalb Hundertschaften der Hamburger Schutzpolizei verblieben im Kreise Lauenburg.

Der mißglückte Generalstreik.

w. **Berlin**, 28. März. Der Aufruf der Kommunistischen Partei zum Generalstreik hat in Berlin ebenso wenig Erfolg gehabt, wie in anderen Gegenden des Reiches. Selbst dem bekannten Kommunistenführer, dem Elektrizitätsarbeiter Sylt, ist es nicht gelungen, die Arbeiterschaft der Elektrizitätswerke zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Auch die Aufforderung zur Besetzung der Betriebe ist nicht befolgt worden. Vertreter der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen hatten eine Besprechung mit dem Berliner Polizeipräsidenten und erklärten, daß sie dem irrsinnigen Treiben kommunistischer Elemente fern ständen und Schutz der Arbeitswilligen verlangen müßten. Dieser wurde in weitgehendstem Umfange zugesagt.

Leipzig, 29. März. Hier und in anderen Orten Westsachsens haben die Kommunisten die Arbeiterschaft gestern zum sofortigen Generalstreik, Bewaffnung und Verhinderung von Truppentransporten aufgefordert. Das Gewerkschaftskartell und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei warnen in einem Aufruf die Arbeiterschaft, dieser Parole einer Gruppe von unverantwortlichen Desperados zu folgen und fordern zur Kaltblütigkeit auf. In Leipzig ist bisher alles ruhig. Wie die „Leipziger Volkszeitung" berichtet, lehnten die Arbeiter der Metallbetriebe im Zeitz-Weißenfelser Revier den Eintritt in den Streik ab.

Remscheid, 28. März. Die Kommunistische Partei erklärte am Samstag früh zur Unterstützung der kommunistischen Bewegung in Mitteldeutschland den Generalstreik. Um 6½ Uhr verließen die Arbeiter die Arbeitsstätten und strömten zur Versammlung auf den Rathausplatz. Die industriellen Betriebe stehen fast sämtlich still. Die Stadt ist vollkommen ruhig.

Neue Konferenzen?

Abermals verschoben.

Paris, 28. März. „Echo de Paris" stellt fest, daß ein neuer Aufschub der vorgesehenen Beratungen des Botschafterrates über das Zollregime im Rheinlande notwendig wird, weil das englische Kabinett wegen der Feiertage zu den Vorschlägen der Interalliierten Rheinlandskommission noch nicht hat Stellung nehmen können.

Irrtümer.

Paris, 28. März. Nach einer Meldung der „Information" aus Rom wird demnächst in Italien eine interalliierte Konferenz unter Vorsitz von Giolitti stattfinden, die sich mit der Wiedergutmachungsfrage, dem Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien und mit dem türkisch-griechischen Kriege beschäftigen wird.

e. **Paris**, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Der „Intransigeant" bestreitet die Richtigkeit der französischen Meldung, wonach eine neue interalliierte Konferenz in kürzester Zeit am Lago Maggiore stattfinden werde, und meint, daß eine neue Konferenz, wenn es sich um neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland handelt, nur in Paris, wenn es sich um neue Besprechungen mit Deutschland handelt, nur in London stattfinden werde. Im letzten Falle sei es aber notwendig, daß Deutschland um eine solche Konferenz nachsuche. Zur Zeit könne aber von einer Konferenz keine Rede sein.

Eine sozialistische Resolution.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Antwerpen**, 29. März. Auf der Sozialistenkonferenz in Antwerpen erklärte der belgische Führer De Brouckers, die Alliierten wollten Deutschland mit militärischer Gewalt knechten. Für Belgien bestehe die Gefahr, daß es in diese Katastrophe mit einbezogen würde. Die Pläne der französischen Imperialisten gingen dahin, die Kohlenbezirke und die Goldquellen in Frankfurt a. M. zu besetzen. De Brouckers schlug eine Resolution vor, die die sofortigen Verhandlungen zwischen den belgischen und den deutschen Sozialisten fordern, um eine Rechtsgrundlage zu finden. Die Resolution wurde angenommen.

Der Völkerbund und Oesterreichs Finanzlage.

Paris, 29. März. Der Senatsausschuß des Völkerbundes hat gestern Vormittag seine erste Sitzung abgehalten, um die von der Interalliierten Kommission in London vorgeschlagenen Maßnahmen zur Besserung der Finanzlage Oesterreichs zu besprechen. Der Sitzung wohnte Sir Drummond Fraser bei, der auf der Interalliierten Konferenz in Brüssel ein System internationaler Kredite vorgeschlagen hatte. Auch der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Erik Drummond beteiligte sich an den Besprechungen. Der Finanzvertreter Frankreichs Avenon verlas eine Denkschrift über die Aufgaben, die der Finanzausschuß des Völkerbundes durch die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen habe.

Schweizerische Sorgen.

w. **Bern**, 29. März. Die Ankündigung Frankreichs, die Zonenfrage von sich aus einseitig zu lösen, d. h. die Zollgrenze des Kantons Genf an die politische Grenze zu verlegen, und damit mit einer Tradition zu brechen, die seit 1815 vertraglich zugesichert ist, hat in der deutschen und romanischen schweizerischen Presse Beunruhigung ausgelöst. Sehr enttäuscht ist man darüber, daß Frankreich eine schiedsgerichtliche Lösung abgelehnt hat, da es sich um eine Frage der Souveränität handele. Das „Luzerner Tagblatt" spricht offen von einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Man ist in der ganzen Schweiz von dem Verhalten der französischen Regierung wenig erbaut und bezeichnet es als brüsk. Zu der erregten Stimmung trägt auch noch die Tatsache bei, daß die französische Eisenbahnverwaltung der Paris—Lyon—Mittelmeerbahn es ablehnt, 8 Millionen schweizerische Franken zu bezahlen für die Miete schweizerischen Wagenmaterials während der Kriegsjahre, obwohl diese Gebühren auf der internationalen Grundlage berechnet worden sind. Man verweist darauf, daß Italien und Deutschland diese Gebühren anstandslos bezahlt haben.

Rückkunft der heimattreuen Oberschlesier.

(Eigener Bericht.)

Nun ist auch der zweite Sonderzug der Oberschlesier, der vor 14 Tagen, am Sonntag, den 13. März, in Karlsruhe abgegangen war, vollzählig und wohlbehalten am Ostersonntagmorgen ¾3 Uhr zurückgekehrt. Trotz der frühen Morgenstunde hatte sich eine große Zahl von Mitbürgern auf dem Bahnsteig zu der von der Stadtverwaltung getroffenen schlichten, aber um so herzlicheren Begrüßungsfeier eingefunden. Als der Zug in den Bahnsteig einlief, spielte das Musikquartett vom Harmonie-Orchester das Lied: Treudeutsches Herz. Freudigen Gemüts und frohen Herzens, die Aufregungen und Strapazen hinter sich zu haben, im Bewußtsein, einer hohen, vaterländischen Pflicht voll genügt zu haben, scharten sich nun die Heimgekehrten um das Empfangskomitee.

Oberbürgermeister Dr. Finter hielt eine kurze Begrüßungsansprache, in der er u. a. sagte: Als wir uns heute vor 14 Tagen Lebewohl sagten, waren wir uns alle einig, daß Ihr, liebe Oberschlesier, eine ernste und schwere Fahrt zu vaterländischer Pflichterfüllung anzutreten hattet, reich an Aufopferungen und Mühsalen aller Art. Machte doch der Gegner alle Anstrengungen, vor keiner Missetat zurückscheuend, um Eure Heimat von uns, dem deutschen Vaterlande, loszureißen. Was mancher von Euch an wildem Fanatismus, an gemeiner Brutalität erschaut und erlebt, es muß furchtbar gewesen sein. Ihr habt durch Eure großen Opfer ein Abstimmungsergebnis herbeigeführt, daß Oberschlesien dem deutschen Vaterlande erhalten bleiben muß, ganz und ungeteilt. Deutschland kann ohne Oberschlesien nicht bestehen! (Stürmische Zustimmung.) Wir brauchen es für unsere Industrie, für unser Volk, wir brauchen es vor allem zum Wiederaufbau unseres schwer darniederliegenden Vaterlandes — zur Erfüllung des Versailler Vertrages! Euch, lieben Freunden, die Ihr so mutig die deutsche Sache zu einem herrlichen Sieg geführt, unseren herzlichen Dank! Wir danken Euch im Namen der Stadt, Euch dankt die badische Heimat, das ganze deutsche Volk! — Auch in dieser Stunde laßt uns das Gelöbnis erneuern, treu zusammenzuhalten in jeder Lage, damit die Ostersonne aufgehen möge über einem einigen geschlossenen deutschen Vaterlande. Unser liebes Vaterland, unser Deutschland, es lebe hoch! Begeistert stimmte die Menge in das Hoch ein, markig klang „Deutschland, Deutschland über alles" in den anbrechenden Ostermorgen hinaus.

Theater und Musik.

Badisches Jambosthenter. Mitteilung der Intendanz: In der heute abend stattfindenden Aufführung von Puccinis „Bohème" singt Marie v. Ernst die Mimi, Lotte Lange-Bake die Musette, den Rudolf Franz Schwerdt, den Schaunard Karl Kamann und den Marcell Rudolf Maly-Motta. Die übrige Besetzung ist die vom vorigen Jahr her bekannte. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Marie von Ernst, Koloratursängerin der Karlsruher Oper, wirkte kürzlich in Worms in einem Sinfoniekonzert des Mainzer Orchesters (Leitung: Generalmusikdirektor Gorter) mit, und errang sich dabei große Erfolge. Ueber die Leistungen der Sängerin schreiben die „Wormser Nachrichten": In der Sopranistin des Abends, Frau v. Ernst-Karlsruhe, lernte man eine Sopranistin allerersten Ranges kennen. In der an die musikalische Schulung einer ausgesprochenen Koloratursängerin höchste Anforderungen stellenden Glöckchenarie aus der Oper „Lakmé" des französischen Komponisten Delibes zeigte sich Frau v. Ernst als hervorragende Künstlerin. Unter Begleitung des Orchesters sang sie die Arie mit glockenreiner Stimme, den ganzen Zauber dieser eigenartigen Musik wiedergebend." — Die „Wormser Zeitung": Weiter gewann der Abend Bedeutung durch die Mitwirkung von M. v. Ernst aus Karlsruhe, die sich als eine Liedersängerin von ganz erlesener Berufung erwies. Sie sang mit ihrem edelgefärbten Sopran und mit einer einzigschönen Nuancierung das musikalisch wertvolle Lied „Ich ging durch einen grünen Wald" von Mahler, das ungemein reizvolle „Wiegenlied" von Humperdinck und „Heimkehr" und „Barcarole" von R. Strauß und schließlich als Zugabe ein „Schneelied" von Franz Levy. Jedes Lied gab in ihrem Vortrage seine ganze Seele, sein innerstes Leben hin und kam so zu tiefster Wirkung. Die Künstlerin wurde überaus lebhaft gefeiert."

Donaueschinger Kammermusikfest. Man schreibt uns: Zur Förderung des heute so schwer ringenden musikalischen Nachwuchses veranstaltet die Gesellschaft der Musikfreunde zu Donaueschingen Anfang August ds. Js. unter dem Protektorate des Fürsten zu Fürstenberg eine Reihe von Kammermusikaufführungen, die ausschließlich dem Schaffen noch unbekannter oder umstrittener musikalischer Talente gewidmet sein sollen. Das künstlerisch wie sozial für unser Musikleben bedeutsame Unternehmen erfreut sich besonderer Förderung durch die Herren Ferruccio Busoni, Siegmund von Hausegger, Arthur Nikisch, Max von Pauer, Hans Pfitzner und Franz Schrecker, die unter dem Vorsitz von Richard Strauß den „Ehrenausschuß" bilden. Die Aufstellung der Programme geschieht durch den „Arbeitsausschuß", die Herren Eduard Erdmann (Berlin), Prof. Josef Haas (Stuttgart), Prof. Willy Rehberg (Mannheim) und Heinrich Burkard (Donaueschingen). Alle Anfragen sind zu richten an die „Musikabteilung der Fürstlich Fürstenbergischen Hofbibliothek zu Donaueschingen".

Uraufführung eines deutschen Zeitstückes. Aus Kattowitz wird uns geschrieben: In den mit Explosivstoff geschwängerten Tagen der Abstimmung ein Stück aufzuführen, das zum mindesten durch seinen Titel als Propaganda für die deutsche Sache wirken kann, verrät Mut und praktischen Instinkt zugleich. Darum ist Direktor Paul Barnay vom Kattowitzer Stadttheater für die Vermittlung der Bekanntschaft mit Bernhard Rehfes Legendenspiel „Die deutsche Seele" unbedingt Dank zu sagen. Rehfe macht sich kühn die Faustische Umrahmung zu eigen und legt seine Arbeit an als ein Duell zwischen dem Teufel und dem Erzengel Michael, dem Schirmer der Deutschen, ein Duell, dessen Ausgang von vornherein nicht zweifelhaft sein kann. Wenn trotzdem die Spannung bis zum Schluß durchhält, ja sich sogar steigert, so ist das für die bühnentechnischen Qualitäten der Arbeit das beste Lob. Der künstlerische Schwerpunkt liegt mehr in zwei realistisch gut gesehenen Bildern jüngster Vergangenheit und Gegenwart: Einer dramatisch bewegten Kampfszene der Roten Armee und einem photographisch grellen Ausschnitt aus dem Nachtleben unserer Tage; die eigentliche Symbolik ist ziemlich billig und in ihrer poetischen Gewandung ebenfalls nicht allzu wertvoll ausgestattet. Die Apotheose der deutschen Seele, die aus dem Chaos von heute in reinem Glanze auferstehen wird, ist im Schlußbilde mit mäßiger Rhetorik, die erst durch die höchst eindrucksvolle, an Reinhardt geschulte Regiekunst Barnays Leben und Wirkung erhielt, geräuschvoll verkündigt. Das Publikum verharrte anfänglich in achtungsvoller Kühle. Erst am Schluß schlug den Darstellern eine starke Welle ehrlichen Beifalls entgegen, für den Barnay im Namen des abwesenden Münchener Autors dankte. F. B.

Ein Italiener über deutsche und italienische Musik. Der aus Südtirol stammende Komponist Jacobo Goitfredo Ferrari, der 1842 in London als angesehener Musiklehrer gestorben ist, war als junger Musikbeflissener nach Neapel gekommen, um bei Paesiello, dem berühmtesten Opernkomponisten der Zeit, Komposition zu studieren. Er hatte dabei Gelegenheit, mit seinem geistvollen Lehrer über alles mögliche zu sprechen, und er hat über die Unterhaltungen mit dem Meister getreulich Buch geführt. Diese Gespräche sammelte er in seinen Lebenserinnerungen, ein Buch, das seit langem vergriffen war, und das jetzt Salvatore di Giacomo, der sich um die Ausgrabung literarischer Kuriositäten besondere Verdienste erwirbt, in einem Neudruck herausgegeben hat. In dem Buch befindet sich auch eine Stelle, die gerade heute angesichts der Entwicklung der deutschen musikalischen Moderne besonders aktuell erscheint. Ferrari hatte Paesiello über den Unterschied, der zwischen der Musik eines italienischen und der eines deutschen Tonsetzers besteht, befragt und folgende charakteristische Antwort erhalten: „Ich will es Dir in wenigen Worten erklären. Wenn beide Komponisten denselben Lehrgang verfolgt hätten, so würde kaum ein Unterschied zwischen ihnen erkennbar sein. Aber die Italiener beginnen im allgemeinen, ohne die Sache zu Ende zu führen, und die Deutschen endigen im allgemeinen, ohne recht begonnen zu haben. Ich weiß nicht, ob ich mich deutlich genug ausdrücke. In Italien legen wir ausschließlich auf die Melodie Wert, sei es aus natürlichem Instinkt, sei es um der harmonischen Wirkung wegen, die die Stimmen und die Gesangsmanier hervorbringen. Der Modulation bedienen wir uns im Grunde nur, um den Ausdruck des Wortes zu verstärken. In Deutschland dagegen kümmert man sich wenig um die Melodie und bedient sich ihrer nur ausnahmsweise. Man ist daher genötigt, gesuchte Harmonien in Anwendung zu bringen, um dadurch einen Ersatz für das Fehlen und die magische Schönheit der Gesangslinie und der menschlichen Stimme zu bieten." — „Aber gibt es denn keinen, der einen ordnungsmäßigen Lehrgang durchgemacht und sich in der Kunst ausgezeichnet hat?" fragte der Schüler weiter. „Im Gegenteil", war Paesiellos Antwort, „es gibt deren viele, und zwar sowohl Italiener wie Deutsche. Ich will nur ein paar Namen nennen. So existiert beispielsweise kein italienischer Komponist, der hinsichtlich der Reinheit des Gesangsstils mit Hasse, an Kraft und Wucht der Chöre mit Händel oder mit dem tragischen Stil Glucks wetteifern könnte. Andererseits kenne ich keinen deutschen Komponisten, der es hinsichtlich der Wissenschaft mit Padre Martini, hinsichtlich des Kontrapunktes mit Durante und mit Bezug auf die Größe und Kraft der Harmonie mit Valotti aufnehmen könnte."

Kunst und Wissenschaft.

Für technische Versuchsarbeiten hat jetzt der wissenschaftliche Beirat des Vereins Deutscher Ingenieure 10 000 Mk. bewilligt für Prof. Dr. Moersch-Stuttgart zur Durchführung von Torsionsversuchen mit zylindrischen Eisenbetonkörpern und 10 000 Mk. für Dozent W. Hippler-Breslau für Schnittversuche an Werkzeugmaschinen.

Personalien. Wie wir erfahren, ist zum a. o. Professor für Strafrecht und Strafprozeß an der Universität Königsberg (an Stelle von Prof. Tesar) der Privatdozent Dr. jur. Wilhelm Sauer ebenda ausersehen. — Wie wir hören, hat Prof. Dr. Bruno Meißner in Breslau den Ruf auf den Lehrstuhl der orientalischen Philologie an der Berliner Universität als Nachfolger von Geh. Rat Delitzsch angenommen; seine Versetzung nach Berlin ist bereits erfolgt. — Dem Privatdozenten Prof. Dr. Hans Reiter in Rostock ist vom 1. April 1921 ab bis auf weiteres der Auftrag erteilt worden, Vorlesungen über Sozialhygiene an der dortigen Universität zu halten. — Die Ernennung des bisherigen Direktors der Universitätsbibliothek in Greifswald, Geh. Reg.-Rat Dr. Kuhnert, zum ersten Direktor der Preuß. Staatsbibliothek in Berlin an Stelle v. Schwenkes ist erfolgt, ebenso die Ernennung des Oberbibliothekars Prof. Dr. phil. et theol. h. c. Johannes Luther in Greifswald zum Direktor der dortigen Universitätsbibliothek.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Im Auftrag der Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche entbot Oberbürgermeister a. D. Siegrist herzlichen Willkommgruß. Mit Empörung und Entrüstung haben wir vernommen, daß polnisches Gesindel auch vor den äußersten Mitteln, vor Raub und Mord, nicht zurückschreckt, durch rohe Gewalt zu erlangen versucht, was es nicht durch das Recht zu erringen vermag. Ihr habt eine ewig rühmliche Tat vollbracht, dank Eurer Liebe zur angestammten oberschlesischen Heimat, dank Eurer Treue zum großen deutschen Vaterland. Euch unser heißer Dank! Mit der Aufforderung, in ein Hoch auf die vaterlandsliebenden Oberschlesier einzustimmen, was begeistert befolgt wurde, schloß der Redner.

Namens der zurückgekehrten Oberschlesier dankte Herr Krawutschke dem Oberbürgermeister für den so unerwarteten herzlichen Empfang, ebenso allen Anwesenden für die erhebende freundliche Begrüßung. Unser Weg war nicht leicht — sagte er —, wir haben ihn aber alle samt und sonders ohne Furcht und Zagen frohgemut und gern beschritten. Erneut empfunden haben wir alle wieder die Wohltat geordneter Zustände in unserer zweiten Heimat. Laßt darum unserer badischen Heimat, unserem engeren Vaterlande, ein dreifaches Hoch erschallen!

Nach einem flotten Marsche des Harmoniequartetts begaben sich die Zurückgekehrten in die fürsorglich bereitgestellten Wagen, in rascher Fahrt ging es in die einzelnen Stadtteile, den trauten Wohnräumen entgegen. In der Elektrischen erfuhr man, daß noch, nachdem man sich der Gefahrzone entronnen glaubte, auf den nach der Heimat zurückeilenden Abstimmungszug mit Steinen geworfen und geschossen wurde, daß glücklicherweise nur einige Personen, und zwar Berliner, durch Splitter leicht verletzt worden seien, ferner erhielt man durch Schilderungen von Augenzeugen über schon teilweise in der Presse gemeldete polnische Gewalttaten, Grausamkeiten und vorgekommene Mordtaten einen Einblick in die Kampfesweise rachsüchtiger und raublustiger Feinde. —g.

In Mannheim.

rr. **Mannheim**, 28. März. Der zweite Sonderzug, der die am 13. ds. Mts. von hier nach Oberschlesien abgereisten badischen und pfälzischen Oberschlesier zurückbeförderte, lief Samstag nacht um 12.55 Uhr pünktlich in den hiesigen Hauptbahnhof ein. Der nach der Lindenhofvorstadt führende Bahnhofsteg war dicht besetzt und auch auf dem Bahnsteig hatte sich ein zahlreiches Publikum versammelt, das die Heimkehrenden begrüßte. Etwa 500 Personen entstiegen dem Zuge, der über 700 Abstimmler nach Oberschlesien befördert hatte. Die Differenz hat sich durch den Umstand ergeben, daß etwa 200 Personen die Kurszüge benützen, weil sie noch über die Feiertage bei ihren Angehörigen bleiben wollten. Als sich der Zug geleert hatte, begrüßte Schauspieler Alex. Kökert namens der Ortsgruppe Mannheim der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier die siegreich Heimkehrenden mit herzlichen Dankesworten, die in ein Hoch auf ein ungeteiltes Oberschlesien und das deutsche Vaterland ausklangen. Als die Musik im Anschluß daran das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" anstimmte, sang die versammelte Menge kräftig mit. Die Heimgekehrten wurden in die Wirtschaften 2. und 3. Klasse geleitet, wo sie durch das Rote Kreuz mit Kaffee, Fleischwurst mit Brot, Keks, Zigarren, Zigaretten und sonstigen Liebesgaben bewirtet wurden. Für die Mannheimer und Ludwigshafener standen auf dem Bahnhofsplatz Sonderwagen der elektrischen Straßenbahn bereit. Kurz vor 2 Uhr setzten die Karlsruher und Oberländer und die Württemberger mit dem Basler Schnellzug die Heimreise fort. Die Kapelle spielte bis zur Abfahrt Gute Weisen. Die Pfälzer, für die keine so günstige Fahrgelegenheit vorhanden war, mußten die Morgenzüge benutzen. Die Aufnahme, die die Abstimmler überall auf der Rückfahrt fanden, war die gleich herzliche, wie auf der Einfahrt. Nur am Anfang wars recht unfreundlich. Der Zug wurde von jungen Burschen, die sich längs der Gleise aufgestellt hatten, dermaßen mit Steinen bombardiert, daß über 50 Fensterscheiben in Trümmer gingen und sieben Personen durch Glassplitter verletzt wurden. Eine Frau wurde nicht unerheblich im Gesicht verletzt.

*

Ausdehnung des Belagerungszustandes.

w. **Beuthen**, 29. März. Der Belagerungszustand in Oberschlesien ist auf den Kreis Myslowitz (Stadt und Land) ausgedehnt worden. Das Rybniker und Plesser Gebiet ist dem italienischen Obersten Salvioni unterstellt worden. Für Rybnik und Pleß ist ein außerordentliches Gericht mit dem Sitz in Rybnik unter dem Vorsitz eines englischen Kapitäns gebildet worden.

Kattowitz, 29. März. Infolge des über die Kreise Kattowitz, Beuthen, Pleß und Rybnik verhängten Belagerungszustandes ist anscheinend eine leichte Beruhigung eingetreten. Vereinzelt laufen noch Meldungen über Gewalttaten ein, deren Opfer zumeist deutsch gesinnte Beamten und Arbeiter sind, die zum Teil schwer verletzt wurden. Von interalliierter Seite wurde das Erscheinen des „Oberschlesischen Kurier" in Königshütte und des „Oberschlesischen Volkswille" in Kattowitz für die Dauer des Belagerungszustandes verboten.

„Der Tag" in Oberschlesien verboten.

Berlin, 29. März. Die Berliner Zeitung „Der Tag" ist bis zum 24. April in Oberschlesien verboten.

Dementi.

w. **Berlin**, 28. März. Die Warschauer Zeitung „Robotnik" führt eine angeblich in Königsberg vor kurzem gehaltene Rede des Generals v. Seeckt an, worin von der Pflicht Ostpreußens gesprochen sei, sich nicht nur zu verteidigen, sondern gegebenenfalls zum Schutze Oberschlesiens zum Angriff überzugehen. Die Meldung ist eine tendenziöse Erfindung. General v. Seeckt war dieses Jahr noch nicht in Ostpreußen, hat auch bei seinen früheren Besuchen in Ostpreußen solche Redewendungen niemals getan.

Nicht vor Ende April.

Paris, 29. März. Wie „Petit Parisien" feststellt, wird die Entscheidung über Oberschlesien nicht vor Ende April getroffen werden können. Zuerst werde die Interalliierte Kommission in Oberschlesien Vorschläge über die Grenzen machen, in zweiter Linie werde dann die Botschafterkonferenz darüber beraten und, wenn nötig, werde der Oberste Rat an den Schiedsspruch der Regierungen appellieren.

*

Das oberschlesische Autonomiegesetz.

Wie die „Deutsche Allg. Zeitung" erfährt, hat das Reichskabinett in der sicheren Erwartung, daß Oberschlesien nach dem Ergebnis der Abstimmung ungeteilt beim Reiche verbleiben wird, dem Minister des Inneren Dr. Koch beauftragt, die Vorbereitungen für das oberschlesische Autonomiegesetz in Angriff zu nehmen.

Aus Baden.

— **Karlsruhe**, 28. März. Am 1. April leitet der Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose ab Heidelberg einen Transport von 60 Kindern der Angestellten und Arbeiter der Tabakverarbeitung Badens in die Kinderheilstätte Bad Orb, wo die Kinder auf Kosten der Wohlfahrtsgesellschaft des Tabakgewerbes untergebracht werden.

)(**Pforzheim**, 26. März. Bei einem Einbruch in eine hiesige Fabrik wurden insgesamt 40 Kilo Silber gestohlen.

a. **Weinheim**, 28. März. Die Pfirsich- und Aprikosenbäume stehen in voller Blüte. Die Mandelbäume haben abgeblüht. Die Kirschblüte ist im Aufbrechen begriffen. — In das hiesige städtische Krankenhaus wurde der Geflügelhändler Georg Vetter aus Viersen in schwerverletztem Zustande eingeliefert. Er war, als er mit einem Hundegespann die Odenwaldorte besuchte, um Hinkel einzukaufen, von seinem eigenen Hunde angefallen und zerfleischt worden.

:: **Durbach** b. Offenburg, 28. März. In das einsame Gehöft St. Anton drang ein mit roter Maske bekleideter Räuber ein und verlangte von dem ahnungslosen Besitzer unter Vorhalten einer Pistole Geld. Der erschrockene Besitzer händigte dem Räuber vier 50 Markscheine aus.

- **Ottenhöfen** b. Achern, 28. März. Der Schuhmachermeister Karl Schneider in Oberachern stürzte in angeheitertem Zustand von seinem Rad und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

w. **Waldmatt**, 28. März. Karfreitag abend gegen 8 Uhr entstand in dem Gasthaus „Zur Traube" Großfeuer, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Das Vieh konnte in der Hauptsache gerettet werden. Der Brand fand besonders Nahrung in ca. 400 Stück Holzwellen. Der Schaden soll sehr beträchtlich sein.

w. **Ettenheim**, 28. März. Auf dem Sägewerk zog sich der Obersäger Josef Burg beim Sägen von Rebstöcken eine schwere innere Verletzung zu. Ein operativer Eingriff konnte dem Bedauernswerten nicht mehr helfen, er starb bald nach der Operation. Der Verunglückte hinterläßt Frau und elf Kinder, von denen das Jüngste zwei Jahre alt ist.

w. **Kenzingen**, 27. März. Im Eiskeller der Brauerei Otto Weber verschüttete der zusammenstürzende Eisberg einen Brauer und einen Dienstknecht. Rasche Hilfe konnte beide mit nicht unerheblichen Verletzungen retten.

— **Badenweiler**, 28. März. Ein gefährlicher Hochstapler, der längere Zeit hier sein Handwerk trieb, dürfte für einige Zeit unschädlich gemacht worden sein. Im Winter 1919/20 tauchte hier ein angeblicher Doktor-Ing. Bittmann auf, der als anscheinend schwerreicher Mann und ehemaliger Leutnant der Bonner Husaren sich Eingang in die besten Kreise zu verschaffen wußte. Durch einen fingierten Kaufvertrag mit einem Holländer wußte er sich eine größere Geldsumme zu verschaffen. Im bayerischen Allgäu gelang es dann, den inzwischen flüchtig gewordenen Hochstapler zu verhaften. Es stellte sich heraus, daß man es mit einem 40 Jahre alten Felix Hellermann aus dem Rheinland zu tun hatte, der im Jahre 1918 vom Landgericht in Köln wegen umfangreicher Betrügereien und Fälschungen zu 5 Jahren Zuchthaus und 15 000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. In den Revolutionstagen öffneten sich auch ihm die Tore des Zuchthauses. Auch auf dem Gebiet der Liebe soll der Schwindler Erfolge gehabt haben. Man erzählt sich hier, daß er mit nicht weniger als 30 Damen in näheren Beziehungen stand.

!! **Meersburg**, 26. März. Oberreallehrer Jakob Schittenmüller stürzte sich aus dem Fenster seiner Wohnung und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er starb. Ueber 36 Jahre war der Lebensmüde an der hiesigen Taubstummenanstalt tätig gewesen und hatte vor 14 Tagen seine Lehrtätigkeit wegen eines Leidens aufgeben müssen. Dies mag der Grund zu der Tat gewesen sein.

Aus dem Stadtkreise.

Die Ostertage

hielten nicht, was die voraufgegangenen schönen Tage versprachen. Es zeigte sich wieder, daß nichts so lähmend wirkt wie die Unsicherheit, die ja leider in unserem öffentlichen Leben eine Rolle spielt. Die österliche Unsicherheit ist natürlich nur auf das Wetter zu beziehen, das sich in ganz unqualifizierbarer Weise gemausert hatte. Einmal war der Himmel grau verhängt, auch ließ er hie und da das Naß herabträufeln, zum andern herrschte eine geradezu frostige Kühle, die keinen sommerlichen Anstrich aufkommen ließ. Unter solchen Umständen mußte der Ausflugsverkehr, der aus gewissen wirtschaftlichen Gründen immer wünschenswert bleiben muß, auf das Gebiet der näheren Umgebung beschränkt bleiben, denn man wollte sich doch um einer so unsicheren Sache willen kein großes Loch in den Geldbeutel reißen lassen.

Die Osterbotschaft führte die gläubigen Christenheit in den Kirchen zusammen, wo bei erbauendem Wort und geistlicher Musik wirklich feiertägliche Stimmung geschaffen wurde. Diese kirchlichen Feiern hatten zum großen Teil künstlerisches Gepräge, denn erhebende Vokal- und Instrumentalmusik schuf eine weihevolle Stimmung, die als kostbares Besitztum gewahrt wurde.

Unsere Theater gaben sich redlich Mühe, dem einheimischen und stark vertretenen auswärtigen Publikum die Feiertage gedenkwürdig zu machen.

Im Badischen Landestheater gelangte am ersten Feiertag vor ausverkauftem Hause Wagners „Tannhäuser" unter der musikalischen Leitung von Operndirektor Cortolezis und der szenischen von Hans Bussard zur Ausführung. Josef Schöffel (Tannhäuser), Erika von Tysla (die in letzter Stunde anstelle von Edith Sajitz die Partie der Elisabeth übernommen hatte), Hedy Iracema-Brügelmann (Venus), Karl Giesen (Landgraf), Rudolf Maly-Motta (Wolfram) durften herzlichen Beifall des Publikums entgegennehmen.

Shakespeares „Hamlet" sah wieder ein ausverkauftes Haus, das sich von der Tragödie des Dänenprinzen erschüttern ließ. Wie paßte auf Vieles das Wort des unglücklichen Königs vom nassen und heiteren Auge und so manches andere — ganz abgesehen von weltbedeutendem Sein oder Nichtsein, das die Seele unseres Volkes bewegt. Man darf die Wahl des Stücks, obwohl uns andere Wünsche aus dem Leserkreis vorlagen, als durchaus glücklich ansehen, vor allem auch, weil in Bürkner ein, man darf schon sagen, besonders gearteter Hamlet zur Verfügung steht und weil ja die Eigenart gerade von dieser geistvollen Gestalt verlangt wird. Paschens Polonius kann ebenfalls noch besonders erwähnt werden. Aber die ganze Aufführung hatte etwas Feiertägliches an sich und war mit ihrer tiefen Problematik wieder ein Genuß für alle Hörer, die im Theater noch immer eine Stätte des geistigen Kultus sehen. Im Konzerthaus war das leichtere Genre durch „Liselott von der Pfalz" (Gastspiel der vortrefflichen Hedwig Holm) und eine Operette vertreten, die auch ihr Publikum fanden.

Guten Besuch hatten natürlich auch das Colosseum, wo die Bauernschauspieler ihre urwüchsige Kost verabreichten, und die sonstigen Unterhaltungsstätten aufzuweisen. Da während der Karwoche eine Pause eintreten mußte, war schon aus diesem Grunde der Besuch sehr lebhaft.

Der Verkehr litt begreiflicherweise unter den Wetterverhältnissen, und war zeitweise sehr still zu nennen. Da die Feiertage dazu da sind, ein Aktivum in der Bilanz der Verkehrsmittel zu schaffen, ist das zu bedauern, denn bekanntlich läßt sich das nicht mehr nachholen. Der Ostertermin lag aber diesmal zu früh, als daß man schon eine gewisse Stetigkeit in der Wetterlage hätte erwarten können. Die Depressionen, die auf unserem ganzen Leben lagern, üben auch in der Witterung störende Wirkung aus, und so heißt es auch hier: Mit Geduld bessere Tage abwarten.

Auszeichnung. Herr Alfred Scheurer, Inhaber der Firma C. Sickler, Hofmechan. Werkstätte und Optik hier, Kaiserstraße 152, hat den akademischen Grad eines Diplom-Optikers erhalten.

Gestörte Osterhamsterfreude. Man schreibt uns: Mit einer unliebsamen Meldung überraschten am Ostersamstagabend einige Bewohner einer bekannten Bahnstation der Hardt die zu Fuß und zu Wagen von einer etwa 1 Stunde abliegenden Ortschaft eintreffenden Karlsruher Milchhamsterer, die mit ihrer Beute mit dem letzten Zuge heimdampfen wollten. Schon am Eingang ins Dorf, ebenso in der Mitte und am Ausgang, dem eine Viertelstunde entfernten Bahnhof zu, überall hieß es: „Auf der Station ist ein Gendarm und 15 Mann der Milchkontrolle! An das Durchbringen von auch nur 1 Liter sei nicht zu denken!" Der Hamsterer bemächtigte sich eine begreifliche Erregung. Kurz entschlossen wurde von den meisten wieder der Rückweg angetreten oder versucht, für die Nacht in der Ortschaft selbst einen Unterschlupf zu finden, die Kontrolle also auf der Station ohne Beute mit dem Zuge abfahren zu lassen. Sehr erstaunt waren aber die wenigen sonstigen Reisenden, als im Stationsgebäude von einem Gendarm, noch weniger von den 15 Milchkontrolleuren auch nicht eine Spur zu entdecken war. Nun ging ihnen ein Licht auf: Die Milchhamsterer, unter denen sich vielleicht schon einige Gewitzigte befanden, denen man früher schon Kanne und Milch abgenommen und sie dazu noch mit einem Strafzettel bedacht hatte, waren ein Opfer ihrer Aengstlichkeit und Leichtgläubigkeit geworden. — Der gelungene Scherz der Dorfbewohner der Bahnstation, der den Hamsterern so auf die Nerven gegangen und sie am Ostersamstag zum Aufsuchen eines Nachtasyls nötigte, bildete den Gesprächsstoff während der halbstündigen Bahnfahrt nach Karlsruhe und wurde herzlich belacht. —x—

Schwere Mißhandlung. In der Nacht vom 27. auf 28. hat ein in der Cäcilienstraße wohnender 51 Jahre alter lediger Taglöhner seinen 54jährigen Zimmergenossen nach vorausgegangenem Wortstreit in angetrunkenem Zustande mit einem Dolchmesser einen tiefen Stich in die linke Brustseite beigebracht und ihn so schwer verletzt, daß er sofort mit dem Krankenauto in das neue Vinzentiuskrankenhaus gebracht werden mußte.

Familienstreit. In der verflossenen Nacht mißhandelte ein in der Schwanenstraße wohnender Gelegenheitsarbeiter in seiner Wohnung seine Ehefrau, indem er mit Fäusten auf sie einschlug und ihr Fußtritte versetzte. Die Frau trug einen Stirnhöhlenbruch, mehrere Gesichtsverletzungen und vermutlich auch schwere innere Verletzungen davon, sodaß Lebensgefahr besteht. Sie fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Veranstaltungen.

Ensemble der Jugendbühne wird das Konzert der Liederhalle, das Beethoven-Adagio aus der IV. Symphonie, die Messe in C-Dur für Solo, gemischten Chor und Orchester, ferner Liszts 13. Psalm für Tenorsolo, gemischten Chor und großes Orchester bringen, am 6. April, abends ½8 Uhr, im großen Saal der Festhalle wiederholt. Die Mitwirkenden sind die gleichen wie bei der ersten Aufführung. Die Eintrittspreise sind mäßig gehalten, so daß die Allgemeinheit die Möglichkeit des Besuchs hat. Einzelheiten folgen noch.

Letzte Nachrichten.

Der griechisch-türkische Konflikt.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Athen**, 29. März. Das griechische Kommando meldet, daß die griechischen Truppen sich bis 50 Km. östlich Brussa der Stadt näherten. Der griechische General, der die Operationen leitet, glaubt, annehmen zu können, daß die Türken die Stadt nicht verteidigen und sich vor dem Hauptangriff zurückziehen werden.

e. **Paris**, 29. März. (Eig. Drahtbericht.) Die türkische Regierung protestiert in einer an die Alliierten gerichteten Note gegen den neuen griechischen Angriff.

Die Operationen der Griechen in Kleinasien.

Paris, 29. März. Die Agence Havas verbreitet nach einem Telegramm aus Athen einen Bericht über die Operationen der griechischen Truppen in Kleinasien, aus dem zu entnehmen ist, daß die griechischen Truppen die Nationalisten bis zur Linie der Arabli-Tschiflik-Höhe, 8 Kilometer westlich von Afium Sarahizar, zurückgeworfen haben. Die Verluste der Griechen sind unbedeutend. Auch die Nordgruppe hat ihren Vormarsch fortgesetzt. Die Türken scheinen sich diesen Gruppen gegenüber stark verschanzt zu haben.

London, 29. März. Reuter meldet aus Konstantinopel: Um ihre völlige Neutralität während der türkisch-griechischen Feindseligkeiten zum Ausdruck zu bringen, hat die englische Regierung General Harrington, den britischen Befehlshaber im Schwarzmeergebiet, angewiesen, sein Kommando über griechische Truppen abzugeben. Alle englischen Truppen sind zurückgezogen worden.

Eine ernste Lage ist im Zusammenhang mit der Frage der russischen Flüchtlinge entstanden. General Wrangel lehnte es ab, sein Heer aufzulösen und seine Waffen, Munition und Beförderungsmittel an Rußland zurückzugeben. In seiner Antwort drückte er ferner seine Bereitschaft weiterzukämpfen aus. Die Franzosen haben inzwischen Wrangels Waffen an Georgien verkauft, wo sie in die Hände der Bolschewisten gefallen sind.

Abgelehnt.

A. **London**, 29. März. Die Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei hat mit 521 gegen 97 Stimmen den Antrag auf Anschluß an die Moskauer Internationale abgelehnt.

Ausgeschlossen.

w. **Paris**, 28. März. Der Nationalkongreß der Gewerkschaften der organisierten Angestellten in Limoges hat die Gewerkschaften, die ihren Anschluß an die Internationale von Moskau beschlossen haben, aus dem allgemeinen Arbeiterverband ausgeschlossen.

w. **Christiania**, 28. März. Die Landesversammlung der norwegischen Arbeiterpartei nahm mit 281 Stimmen den Antrag der Mehrheit für Anschluß an die Moskauer Internationale und die Moskauer Thesen an. Der Antrag für den Anschluß an die Moskauer Internationale, jedoch vorläufig unter Zurückstellung der Thesen erhielt 20 Stimmen. Fünf Delegierte stimmten gegen beide Anträge und wurden infolgedessen aus der Partei ausgeschlossen.

Aus aller Welt.

Die Formel. Nach einer Havas-Meldung aus Philadelphia teilt ein Beamter der Marinewerft mit, daß die Artillerieingenieure von Pittsburg die Formel entdeckt haben, deren sich die Deutschen für die Konstruktion des Gerippes der Zeppeline bedienten, und die lange Untersuchungen der britischen und amerikanischen Behörden veranlaßt hatten.

Verbot des Löwen von Flandern. Der belgische Unterrichtsminister hat den Schullehrern das Tragen eines Abzeichens mit dem Löwen von Flandern verboten, weil darin eine antinationale Kundgebung zu erblicken sei.

Zur Erinnerung. Der „Petit Parisien" berichtet, daß man auf den Straßenpflastern in Paris an den Stellen, wo deutsche Bomben gefallen seien, Inschriften anbringe, die an jene Angriffe erinnerten.

Aus dem Gefängnis entflohen. Nach einer amtlichen Meldung aus Indien entwichen aus dem Hauptgefängnis von Rajshahi in Bengalen 800 Häftlinge, nachdem sie Waffen und Munition an sich genommen hatten, die den Wachmannschaften gehörten. Es wird für möglich gehalten, daß die Verschwörung durch politische Häftlinge organisiert worden ist. Die Tore des Gefängnisses waren von unbekannter Hand geöffnet worden.

Vom Wetter.

Die Witterung liegt seit dem 17. überwiegend unter der Herrschaft starker Tiefdruckgebiete, die über Nordeuropa vorüberziehen. Bereits am 27. brachte ein vorüberziehendes Teiltief Regenfälle, während im Bereiche eines Hochdruckrückens meist wolkiges, kühles Wetter ohne erhebliche Niederschläge herrschte. Neuerdings ist ein sehr tiefer Sturmwirbel über Schottland erschienen, der sich ostwärts wendet und bereits heute abend Trübung und Regenfälle bringen wird.

Voraussichtliche Witterung: Trübung und auffrischende westliche Winde, Regen und kühl.

Tagesanzeiger. (Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen)

Dienstag, 29. März.

Landestheater. „Bohème", 7 Uhr.
Konzerthaus. „Die Stützen der Gesellschaft" (Volksbühne M 7). 7 Uhr.
Colosseum. „Die Wallfahrt", 8 Uhr.
Kleinkunstbühne Rotes Haus. Vorstellung. 8 Uhr.
Weltpanorama. „Im Bannkreis des Vesuv".
Grund- und Hausbesitzerverein. Versammlung: „Aufklärung zur Berechnung der Mietzinsen nach den neuen Grundlagen". Festsaal des „Friedrichshof". ½8 Uhr.

Privat-Pädagogium Karlsruhe (mit Intern. Bismarckstraße 69.)
Sexta bis Abitur. — Diesen Winter im ganzen von 169 Schülern (auch Mädchen) besucht, beginnt die Anstalt das neue Schuljahr am 6. April.

Die Aufhebung der Stammgüter in Baden.

Im abgelaufenen Jahrhundert hat die Entwicklung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger zwar erhebliche Fortschritte in den deutschen Ländern gemacht, aber eine alte Forderung, die Vorrechte des Adels zu beseitigen, konnte nicht restlos ihrer Erfüllung zugeführt werden. Die Umwälzung hat nun mit der Aufhebung der Stammgüter den bisher noch bestandenen Vorrechten des Adels den Boden entzogen. Auch die neue badische Verfassung hat in ihrem § 66 das Sonderrecht der Fideikommisse, der Stamm- und Familiengüter glattweg aufgehoben, die nähere Regelung aber einem späteren Gesetze vorbehalten, weil es sich jetzt darum handelt, die bei der Mediatisierung und Säkularisierung seinerzeit begangenen Fehler zu vermeiden und die freiwerdenden landwirtschaftlichen Grundstücke einer ausschließlich nur im Interesse der Allgemeinheit gelegenen Nutzung zuzuführen. Bei Beratung der erwähnten Aufhebungsbestimmung war der Ausschuß der badischen verfassunggebenden Landesversammlung der Meinung, daß eine Auseinandersetzung zwischen dem jetzigen Besitzer und den übrigen am Stammgutsverhältnisse beteiligten Personen stattzufinden habe, da sonst der erstere auf Kosten der letzteren ungerechtfertigte Vorteile erhalte. Als solche Beteiligte kämen die beim Uebergang des Stammguts, Fideikommisses, Familiengutes auf den jetzigen Besitzer mit Apanagen, Nadelgeldern und dergl. abgefertigten Söhne und Töchter der Familie, die wittumsberechtigten Witwen und die anfallsberechtigten Anwärter in Betracht. Die Entschädigungspflicht soll aber nicht eintreten gegenüber Seitenverwandten, die entfernter als im fünften Grad mit dem einstigen Stammgutsinhaber verwandt sind. Die Entschädigung soll ferner in keinem Fall über den siebten Teil des lastenfreien Ertragswerts des Stammguts für alle Seitenverwandte hinausgehen. Es kann keinem Zweifel begegnen, daß eine Ablösung der erwähnten Rechte nicht zu umgehen ist, wenn nicht der gegenwärtige Besitzer ungerechtfertigt bereichert werden soll. Ist somit die Frage völlig geklärt, so begegnet die andere, in welcher Weise diese Rechte abgefunden werden sollen, erheblichen Schwierigkeiten. Sie ist auch in den verschiedenen europäischen Staaten und deutschen Ländern durchaus nicht einheitlich beantwortet worden. Nach Untersuchung der verschiedenen Möglichkeiten ist die Regierung zu der Auffassung gelangt, daß für die Abfindung der Anwärterrechte nur die Geldentschädigung übrig bleibt.

Die Regelung dieser Fragen hat die Reichsgesetzgebung den Ländern überlassen. Demgegenüber wäre es nicht nur vom Standpunkt der Familieninteressen aus, sondern zum besten der am Stammgutsrecht beteiligten Dritten (z. B. Schulen, Kirchen, Gemeinden, Pächter, Beamten, Gläubiger, Bedienstete und Arbeiter) zu begrüßen gewesen, wenn im ganzen Reich eine einheitliche Behandlung der Angelegenheit Platz gegriffen hätte, insbesondere auch deshalb, weil eine große Anzahl von Fideikommißbesitzern gleichzeitig in mehreren Ländern begütert ist. Aber auch vom rein rechtlichen Standpunkt aus läßt sich an der Art und Weise, wie in Baden vorgegangen wurde, nicht rütteln. Die Beteiligten haben zwar wiederholt geltend gemacht, daß der § 66 der badischen Verfassung mit dem Artikel 155 der Reichsverfassung im Widerspruch stehe. Da das Reichsrecht nur die Auflösung der Fideikommisse vorsehe, sei die in Baden angeordnete Aufhebung nicht statthaft und deshalb rückgängig zu machen. Da, wie schon erwähnt, die Regelung dieser Frage den Ländern zusteht, so hat sich die badische Gesetzgebung durchaus in den Grenzen ihrer Zuständigkeit bewegt, wenn sie in der Verfassung kurzweg die Aufhebung der Fideikommisse anordnete. Da diese Aufhebung sofort wirksam wurde, bestand in Baden beim Inkrafttreten der erst später erlassenen Reichsverfassung das Sonderrecht der Fideikommisse nicht mehr. Es konnte deshalb auch vom Artikel 155 der Reichsverfassung nicht berührt werden. Die Auffassung, daß Baden hier selbständig vorgehen konnte, und daß der § 66 seiner Verfassung in seiner Wirksamkeit in keiner Weise durch Artikel 155 der Reichsverfassung beeinträchtigt wird, ist auch vom Reichsminister des Innern in einem Schreiben an das badische Ministerium des Innern ausdrücklich gebilligt worden. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Da die Familien- und Stammgüter in Baden vor Inkrafttreten der Reichsverfassung bereits aufgehoben waren, konnten sie auf Grund des Artikels 155 der Reichsverfassung nicht wieder aufleben. Letztere Bestimmung erstreckt sich nur auf Fideikommisse, die bei Inkrafttreten der Reichsverfassung noch bestanden."

Der dem badischen Landtag dieser Tage zugegangene Gesetzentwurf behandelt in den ersten neun Paragraphen die familienrechtliche Seite der Auflösung in den §§ 9—15 wird den gemeinwirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung getragen.

1. Die familienrechtliche Regelung der Auflösung der Stammgüter.

Hier werden die aus dem Stammgutverhältnisse herrührenden Ansprüche der Beteiligten geregelt und den Ansprüchen der rechtliche Schutz gewährt, den sie nach Recht und Billigkeit beanspruchen können. Zunächst werden die aus dem Stammgutverhältnis herrührenden Ansprüche der von der Stammerbfolge ausgeschlossenen Söhne und Töchter der Familie und der Wittumsanspruch der Witwe eines Stammgutsbesitzers ihrer Eigenschaft als gesetzliche Last entkleidet, sie bleiben aber im übrigen mit ihrem seitherigen Inhalt bestehen. Die Berechtigten können jeder einzeln zum Schutz ihrer Forderung die Bewilligung von Sicherungshypotheken an den bisherigen Stammgutsgrundstücken mit dem Vorrang vor anderen Hypotheken verlangen. Andere uneingetragene Stammgutschulden gibt es nicht. Ebenso bestehen mit dem Stammgutsvermögen verbundene oder ihm auferlegte Stiftungen weiter. Auch zu ihrer Sicherung kann die Bewilligung von Hypotheken auf dem bisherigen Stammgut verlangt werden. Da der seitherige Grundstücksverband beseitigt und die Verfügungsbeschränkung des Eigentümers im wesentlichen aufgehoben ist, laufen die Unterhaltsberechtigten (Schulen, Armenhäuser, Waisenhäuser, Pfründen und Krankenhäuser, Kirchen, Pfarrhäuser und ähnliche) Gefahr hinsichtlich ihrer künftigen Bezüge. Diese Lasten sind deshalb auf Verlangen der Berechtigten abzulösen oder nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetz-Buches sicherzustellen.

Nach einer weiteren Bestimmung soll über die Auseinandersetzung mit den Anwärtern den Wittums- und Abfertigungsberechtigten über die Ordnung der Beamtengehälter und die Bezüge ihrer Hinterbliebenen, sowie über die Sicherstellung der mit dem Stammgut zusammenhängenden Stiftungen und Lasten spätestens innerhalb eines Jahres seit dem Tode des bisherigen Stammherrn, eine gütliche Vereinbarung zwischen den Beteiligten getroffen werden. Diese Vereinbarung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung des Staatsministeriums. Nach fruchtlosem Ablauf der einjährigen Frist entscheidet über die Regelung der erwähnten Rechtsverhältnisse unter Ausschluß des ordentlichen gerichtlichen Verfahrens auf Antrag des einen oder anderen Teils ein Schiedsgericht von drei Mitgliedern. Ein Mitglied wird von dem Stammgutinhaber oder seinem Erben und eines von den anderen Beteiligten ernannt. Der Obmann wird von diesem gewählt. Das Besondere dieses Verfahrens im Unterschied von dem Familienschluß des preußischen Rechts und der Auflösungsvereinbarung des württembergischen Gesetzes vom 27. Mai 1920 besteht darin, daß nicht die freiwillige Uebereinkunft der Beteiligten Platz greift, sondern eine gesetzlich bestellte Schiedsbehörde tätig wird. Der Schiedsspruch stellt die Verpflichtungen des bisherigen Stammgutinhabers nach Inhalt des Umfangs endgültig fest und entzieht sie einer weiteren Erörterung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht.

Neue Stiftungen aus Kunstsammlungen usw. eines Stammgutes sollen regelmäßig genehmigt werden, weil ihre Errichtung einem öffentlichen Interesse entspricht. Bei Veräußerungen solcher Gegenstände wird dem Ministerium des Kultus und Unterrichts als Vertreter des Staats ein Vorkaufsrecht vorbehalten. Dieses Vorkaufsrecht erscheint gerechtfertigt, um einer Abwanderung der Gegenstände ins Ausland und einer Zerstreuung in Privatbesitz vorzubeugen.

2. Die gemeinwirtschaftliche Regelung.

In den folgenden §§ 9—15 wird den gemeinwirtschaftlichen Bedürfnissen in eingehender Weise Rechnung getragen. Die Regierung sucht vor allem dafür zu sorgen, daß an Stelle der alten Adelsfamilien, die durch ihre Ueberlieferung und ihr Heimatgefühl in besonders hohem Maße an den Boden gefesselt sind und auch dem Wohlergehen der Landwirtschaft ein besonderes Interesse haben, nicht Landfremde oder gar Spekulanten, Schieber und Ausländer treten. Ebenso will sie verhindern, daß alter Kunst- und Kulturbesitz verschleudert oder nach dem Ausland verbracht wird. Endlich verlangt sie mit Recht, daß der durch die Aufhebung der Stammgüter usw. freiwerdende Grund und Boden in einer den Interessen der Allgemeinheit dienenden Weise der Landeskultur zugeführt wird und er bei der Vermehrung eines tüchtigen Bauernstandes Verwendung findet. Es muß auch verhindert werden, daß durch Belastung der Grundstücke mit ausländischem Kapital die Gläubiger zu wirklichen Herren der Güter gemacht werden oder daß auf dem nämlichen Weg das Kapital in das Ausland gebracht wird. Diese Ziele sucht der Entwurf dadurch zu erreichen, daß er dem Staat ein weitgehendes Vorkaufsrecht einräumt, das dieser nötigenfalls auch auf Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften übertragen kann, daß ferner zur Veräußerung und Verpfändung über eine bestimmte Verschuldungsgrenze hinaus die staatliche Genehmigung gefordert wird und schließlich auch die Zwangsenteignung durchgeführt werden kann. Auch die bisherige gute Bewirtschaftung der Waldungen wird durch geeignete Vorschriften für die Zukunft sichergestellt. Diese Vorsichtsmaßnahmen sind hauptsächlich deshalb zu begrüßen, weil sie geeignet sind, zu verhindern, daß der Feudalismus einfach durch den Kapitalismus abgelöst wird.

Die Genehmigungspflicht des Vorkaufsrechts und die Enteignungspflicht sollen verhindern, daß eine ungesunde Bodenspekulation Platz greift, zugleich aber auch die Heranziehung des Großgrundbesitzes zur Befriedigung des dringendsten Landbedarfs ermöglichen. Von den vielen Gefahren, denen wirksam begegnet werden muß, ist vor allem zu nennen, daß durch Veräußerungen unwirtschaftliche Gebilde entstehen oder eine der Volksernährung abträglichen Verringerung großer gut bewirtschafteter Güter eintreten kann, ferner daß die aus Stammgutbesitz abgegebenen Grundstücke in ungeeignete Hände gelangen oder gar der Spekulation anheimfallen. Ebenso wäre es unerwünscht, daß beispielsweise Personen, die zufällig über große Mengen Papiergeld verfügen landwirtschaftliche Grundstücke als Stammgutbesitz erwerben. Auch darf nicht übersehen werden, daß ein großer Teil des Standes- und Grundherrlichen landwirtschaftlichen Besitzes an landbedürftige oder kapitalschwache Landwirte und Arbeiter verpachtet ist. Die Erhaltung dieses Zustandes erscheint aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen angezeigt, soweit es nicht in besonderen Fällen erwünscht ist, daß die Pächter ihr Pachtland zu Eigentum erwerben. Bei freier Veräußerlichkeit würde dem Staat überdies die Möglichkeit genommen werden, das Ausführungsgesetz zum Reichssiedelungsgesetz anzuwenden, wenn durch Veräußerungen von Grundstücken der landwirtschaftliche Stammgutbesitz auf 100 Hektar und darunter sinken würde. In der Zuteilung von Parzellen aus dem Großgrundbesitz wird man aber auch in Baden ein wesentliches Mittel haben, um den Kleinbauernstand zu erhalten und zu vermehren und damit Menschen auf dem Lande festzuhalten. Aus diesem Grunde erscheint die Genehmigungspflicht bei Veräußerungen, das Vorkaufsrecht und die Enteignungsbefugnis durchaus notwendig und gerechtfertigt.

Die Genehmigungspflicht von Belastungen verfolgt außerdem noch den Zweck, zu verhindern, daß der inländische Grundbesitz im Wege der Belastung einer gemeinwirtschaftlichen Verwertung entzogen wird. Dies könnte namentlich durch Inanspruchnahme ausländischen Kredits geschehen. Diese Frage hat neben der finanzpolitischen, soweit die Gefahr einer Kapitalflucht ins Ausland in Frage kommt, auch eine bodenpolitische Seite in bezug auf die Verschuldung und den damit zusammenhängenden etwaigen Eigentumsübergang der Grundstücke an ausländische Kapitalisten. In bezug auf die Gefahr der Kapitalflucht käme das betreffende Reichsgesetz zur Anwendung. In bodenpolitischer Hinsicht kommt in Betracht, daß die Belastung der Grundstücke in ausländischer oder dieser gleichzustellenden Goldklauselwährung nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen der Genehmigung der Landeszentralbehörde unterliegt. Es besteht also eine gesetzliche Handhabe, die Belastung der Grundstücke mit ausländischem Geld zu verhindern. Dagegen erscheint die Verhinderung einer Belastung der Grundstücke in Markwährung nach der augenblicklichen Lage der Gesetzgebung nicht möglich. Im Falle der Sozialisierung könnte der Staat inländische Gläubiger auf den Erlös des Enteignungsverfahrens verweisen. Bei ausländischen Gläubigern erscheint dieses Verfahren angesichts der heutigen Verhältnisse der ausländischen Hypotheken und Grundschuldgläubiger kaum anwendbar. Deshalb sieht der Gesetzentwurf eine Belastungshöchstgrenze vor, über die hinaus weitere Belastungen nur mit staatlicher Genehmigung zulässig sein sollen. Durch diese Maßnahme wird jedenfalls eine Gewähr geschaffen, daß der Staat im Falle der Enteignung des Grundbesitzes nicht überhohe Summen zur Ablösung ausländischer Hypothekengläubiger ausgeben müßte. Um die bisherige gute Bewirtschaftung der Stammgutswaldungen auch für die Zukunft sicherzustellen, wird der obersten Forstbehörde ein gewisses Aufsichtsrecht eingeräumt.

Die bis jetzt besprochenen Bestimmungen der §§ 9—15 des Gesetzentwurfes beziehen sich auch auf die Fideikommisse des vormaligen großherzoglichen Hauses, das Hausvermögen der standesherrlichen Familien und die Familiengüter, da zwischen diesen und den Stammgütern nicht mehr unterschieden wird. Die Standesherrschaften haben entgegen der Auffassung des Justizministeriums und der badischen Rechtsprechung für sich dauernd gegenüber den gewöhnlichen Stammgütern eine Sonderstellung in Anspruch genommen und behauptet, daß sie der Regelung in Artikel 36 des badischen A. G. zum B. G. B. nicht unterständen. Das Oberlandesgericht Karlsruhe und der Verwaltungsgerichtshof haben indessen diese Auffassung abgelehnt.

Nach dem badischen A. G. zur R. G. B. O. wurden für die Grundstücke der Fideikommisse des großherzoglichen Hauses und der Standesherrschaften besondere Grundbücher geführt. Ihre Beibehaltung wäre zweckmäßig im Hinblick auf die Sozialisierungsbestrebungen und die Notwendigkeit staatlicher Ueberwachung des Großgrundbesitzes, weil sie die Prüfung und Nachschau erleichtert. Wenn die Grundstücke zerstreut in den zahlreichen Bezirksgrundbüchern stünden, wäre eine zuverlässige statistische Erfassung und eine dauernde Beobachtung des liegenschaftlichen Verkehrs nahezu ausgeschlossen. Dazu kommen noch die erheblichen Kosten, die bei der gegenwärtigen Teuerung die Umschreibung verursachen würde. Endlich bedarf auch das Kostengesetz noch einiger Aenderungen.

Um welche ausgedehnten Flächen es sich bei all diesen Fragen handelt, geht daraus hervor, daß von der Gesamtkulturfläche des Landes mit 1 424 729 Hektar im freien Verkehr (ungebundener Besitz) 839 146 Hektar oder 58,9 Prozent waren, während außerhalb des freien Verkehrs im gebundenen Besitz unter der toten Hand (im weiteren Sinn) von Staat, Gemeinden, Kirchen, Standes- und Grundherrn und sonstigen Rechtspersönlichkeiten 585 583 Hektar oder 41,1 Prozent waren. Der ungebundene Besitz setzt sich aus nicht ganz einem Drittel landwirtschaftlichen Geländes und über zwei Drittel Wald zusammen. Der Besitz der Standes- und Grundherrn an Kulturland bestand zu 41,7 Prozent oder 40 153 Hektar aus landwirtschaftlichem Gelände und zu 58,3 Prozent oder 56 077 Hektar aus Wald. Hinsichtlich der Größe ihres Anteils an dem in gebundenem Besitz befindlichen landwirtschaftlichen Gelände kamen Standes- und Grundherrn nach den Gemeinden an zweiter Stelle, hinsichtlich des gebundenen Waldbesitzes nach Gemeinden und Staat an dritter Stelle.

Aus den Parteien.

Kundgebungen des Badischen Landesverbands der Deutschen Volkspartei.

Die Vertreterversammlung des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei, die am Mittwoch in Karlsruhe tagte, sandte an die Rheinisch-Westfälische Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei in Köln folgende Entschließung:

„Die Deutsche Volkspartei, Landesverband Baden, gedenkt in der heutigen Sitzung ihrer Vertreterversammlung der neuerdings schwer geprüften Rheinlande, von der Südwestgrenze des Reiches den Kampfgenossen treu gelobend, in diesen Tagen gemeinsamer vaterländischer Not fest zusammenzuhalten. In unentwegter Wacht am Rhein."

Folgende Entschließung wurde der Reichsregierung übersandt:

„Die Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, gibt in ihrer heutigen Sitzung zu Karlsruhe nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Curtius der einmütigen und festen Erwartung Ausdruck, daß Oberschlesien auf Grund des unzweifelhaften Abstimmungssieges als wirtschaftliche, historische und geographische Einheit ganz und ungeteilt bei Deutschland bleibt."

Vom Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für Baden.

Kürzlich fand in Karlsruhe die 2. ordentliche, zahlreich besuchte Vollversammlung des Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes statt.

Die Haupttätigkeit des Verbandes erstreckte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf die Organisation des Vereins; in den verschiedenen Landesteilen fanden Werbeversammlungen statt; überall konnte ein reges Interesse für die Organisation festgestellt werden. Die Hauptaufgabe des Verbandes ist die Vertretung der Arbeitgeberinteressen in der Lohn- und Arbeitsfrage. Er erstrebt die Herbeiführung erträglicher, auf längere Zeit tariflich festgelegter Lohnsätze und Arbeitsbedingungen. Beides ist dem Verband auch durch Abschluß des Lohn- und Arbeitstarifvertrages gelungen. Neben der Regelung der Löhne vertrat der Verband die Arbeitgeberinteressen vor Schlichtungsausschüssen und Demobilmachungskommissar. Weiter ist es dem Verbande gelungen, daß in die Schlichtungsausschüsse jetzt auch als ordentliche Mitglieder Landwirte berufen werden.

Als korporatives Mitglied traten dem Verband bei der Verband badischer Gartenbaubetriebe mit 900 Mitgliedern und der Verband der Karlsruher Molkereibesitzer. Der Arbeitgeberverband selbst ist wieder Mitglied des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände, des Süddeutschen Verbandes land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände und des Badischen allgemeinen Arbeitgeberverbandes.

Das wichtigste Ergebnis der Vollversammlung war die Genehmigung des mit den Arbeitnehmerorganisationen festgelegten Lohn- und Arbeitstarifvertrages für das Jahr 1921 und eines Tarifvertrages für die Gutsbeamten und Angestellten. Für die Rebarbeitertarife wurden Richtlinien festgelegt; hiernach sollen nur für die eigentlichen Akkordrebarbeiten wie Hacken, Schneiden usw. Akkordsätze aufgestellt werden und zwar bezirksweise für die einzelnen badischen Rebbaugebiete (Markgräflerland, Kaiserstuhl usw.); im übrigen sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen des allgemeinen landwirtschaftlichen Lohn- und Arbeitstarifvertrages gelten. Dem Zuge der Zeit folgend mußte die Vollversammlung eine Erhöhung der Beiträge vornehmen.

Es werden demzufolge für die Zukunft erhoben: 1 ℳ für einen ha landwirtschaftlich genutzte Fläche, 50 Pfg für einen ha forstwirtschaftlich genutzte Fläche; als Mindestbeitrag wurden 10 ℳ festgelegt. —l.

Der neue Mietvertrag.

Stadtverordneter Kruse schreibt uns:

In dem Aufsatz mit gleicher Überschrift in Nr. 83 Seite 6 Ihrer geschätzten Zeitung ruft mich der Vorstand des Karlsruher Grund- und Hausbesitzervereins mit Unrecht als Kronzeugen an. Er schreibt u. a.:

Nun ist aus einem Schreiben des obigen Vereins zu ersehen, daß die Karlsruher Mieter glauben, in der Mietzinsberechnung sei etwas Unbilliges verlangt und deshalb sei diese Berechnung abzulehnen. Daß dies nicht der Fall ist und daß die Kommission das Richtige getroffen hat, geht nicht nur daraus hervor, daß der in der letzten Sitzung erschienene Beauftragte der Mietervereinigung, Herr Stadtverordneter Kruse, sich hiervon überzeugt und damit einverstanden erklärte, sonder usw."

Hierzu habe ich folgendes zu erklären:

Es entspricht durchaus nicht den Tatsachen, daß ich mich von der „Billigkeit der Berechnung des Mietzinses überzeugt" und mich gar „damit einverstanden erklärt" habe. Im Gegenteil habe ich in der letzten Sitzung der Mietzinskommission, der einzigen der anzuwohnen ich Gelegenheit hatte, erklärt, daß dieser Vertragsentwurf, was sein Inhalt sowohl in rechtlicher sowie in materieller Hinsicht gebe, einseitig zugunsten der Vermieter entworfen sei.

Im einzelnen begründete ich das wie folgt: Der Prozentsatz, der im Punkt I (Grundmiete) mit 6% gefordert werde, scheine mir zu hoch. Im Punkt II (Verwaltungskosten) bemängelte ich, daß man dem Mieter die verschiedenen öffentlichen Lasten, wie Vermögenssteuer, insbesondere die Landes- und Ortskirchensteuer, auferlege. Ich wies darauf hin, daß man hier durch eine Hintertüre denjenigen, der aus diesem oder jenem Grunde aus der religiösen Gemeinschaft ausgetreten sei, wieder zur Kirchensteuer heranziehe.

In rechtlicher Beziehung hatte ich bei den verschiedensten Paragraphen Beanstandungen vorgebracht; so in § 3, dessen ersten Absatz ich, da er im Gegensatz zu § 551 des B.G.B. stehe, gestrichen haben wollte. Beim § 5 des Vertrages monierte ich, daß nicht auch ein Absatz angeführt wurde, worin festgelegt worden sei, daß der Mieter vorkommendenfalls das Mietverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen könne, wie das die Paragraphen 326, 542 und 544 des B.G.B. vorsehen. Außerdem steht der Punkt 1 des § 5 im Widerspruch zum § 554 des B.G.B. Aus diesem § 5 gehe, wie auch aus verschiedenen anderen, die Einseitigkeit des Vertrages zugunsten des Vermieters hervor.

Aus diesen und noch anderen Gründen kam ich zur Ablehnung des Vertragsentwurfes. Wenn trotzdem der Vorstand des Grund- und Hausbesitzervereins mich als Befürworter des Vertrages reklamiert, so mit Unrecht.

Ein wirksames Verfahren bei Gesichtsausschlag, Pickeln, Ekzemen.

Von Dr. med. W.

Gesichtsausschlag, Pickel, Pusteln, Wimmerln, Acne vulgaris, Mitesser und Ekzeme, die besonders bei jüngeren Leuten beiderlei Geschlechts so überaus häufig auftretenden Hautübel werden von den oft fast verzweifelnden Opfern mit allen nur erreichbaren Mitteln bekämpft. Vortrefflich bewährt hat sich nach meinen Erfahrungen folgendes Verfahren: Man nehme ein Stück Zucker's Patent-Medizinal-Seife, reibe mit der Hand oder noch besser mit einer nassen Bürste, einem nassen Pinsel usw. dgl. möglichst viel dicken Schaum, läßt ihn event. noch einige Zeit stehen, bis er so dick ist wie Brei, Salbe oder Sirup und trägt ihn dann leicht, ohne zu reiben, auf die zu behandelnden Hautstellen auf. Am besten geschieht das Auftragen des Abends, damit der Schaum genügend Zeit hat, auf der Haut einzutrocknen und die Nacht über liegen bleiben kann. Morgens erweicht man ihn mit etwas Wasser, spült ihn dann leicht ab und trocknet hierauf die Haut, ohne zu reiben oder zu frottieren, sanft mit einem weichen Tuch. Nachher stets die Haut mit Zuckoob-Creme nachbehandeln. Diese Prozedur, richtig durchgeführt, schafft in Kürze neue, reine und gesunde Haut und verjüngt um Jahre. Zucker's Patent-Medizinal-Seife und Zuckoob-Creme bekommt man in jeder Apotheke, Drogerie oder Parfümerie. In Karlsruhe bei Herrn Herm. Bieber, Kaiserstr. 223 u. Karlsruher-Seifenhaus, Kaiserstr. 24.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg. Der Schulbericht enthält für 1919/20: 14 Abiturienten, 16 Primaner, 38 O II und Einj.-an Gymnas., Realgymnas., Oberrealschule. Berufsplanung durch eigene Landwirtschaft gefördert.